88 000 Mark im Jahr verbucht. Bald aber jagten die V&G-Manager mit großzügigen Rabatten und niedrigen Prämiensätzen den alteingesessenen Konkurrenten immer mehr Kunden ab.

Überdies warben Hunt und Burr mit Höchstprovisionen von 17 ½ Prozent — anstelle der sonst üblichen zehn Prozent — eine schlagkräftige Vertreter-Mannschaft an. Zuletzt holten die V&G-Herren Prämien in Höhe von 176 Millionen Mark herein — das Zweitausendfache der Anfangseinnahmen.

Vor zwei Jahren allerdings mochten sich die großen Gesellschaften nicht länger von Außenseitern verdrängen lassen. Am 1. Januar 1969 lösten sie ihr auf Seriosität bedachtes Kartell auf und versuchten nun ihrerseits, mit den Methoden der Emporkömmlinge verlorene Kunden zurückzugewinnen.

Finanzielle Einbußen konnten die kapitalkräftigen Versicherungskonzerne dabei leichter verkraften als etwa V&G. Schon bald mußte daher V&G-Chef Hunt die Prämien erhöhen.

Trotzdem stand bereits im Juli vergangenen Jahres V&G so wackelig, daß Großbritanniens konservativer Minister für Handel und Industrie, John Davies — Oberaufseher über alle Versicherungsunternehmen —, „beträchtliche Besorgnis" über die Firma verspürte. Diese Sorge hielt Davies gegenüber den Autofahrern freilich geheim.

Das Schweigen des Ministers ermöglichte es Exkampfflieger Hunt, noch rechtzeitig im Oktober vorigen Jahres von dem abschmierenden Unternehmen abzuspringen. Er verkaufte sein Paket von 403 619 V&G-Aktien an der Londoner Börse.

Nach dieser Transaktion allerdings begannen Börsenexperten die Finanzmisere zu ahnen. V&G-Aktien, vor zwei Jahren mit 362 Pence (31,78 Mark) gehandelt, rutschten bis Januar auf etwa 57 Pence (fünf Mark) ab. Anfang voriger Woche war das Papier nur noch 17 Pence (1,49 Mark) wert.

Erst in der vorletzten Woche eröffnete Handelsminister Davies den Managern der angeschlagenen Firma: Das Ministerium beabsichtige, der Firma innerhalb der nächsten 30 Tage den Geschäftsbetrieb zu untersagen. Daraufhin beantragten die V&G-Direktoren die Liquidation. Das ganze Ausmaß des Finanz-Debakels wollen sie erst beim Konkurstermin am 22. März offenlegen.

Großbritanniens Versicherungsgesellschaften reagierten erleichtert auf den Zusammenbruch. Endlich sahen sie das Ende der niedrigen Prämiensätze gekommen. Der größte private britische Automobilversicherer, General Accident, erhöhte bereits einen Tag nach der V&G-Pleitemeldung die Prämien bis zu 33⅓ Prozent. Die Sun Alliance und London Insurance schlugen 20 Prozent auf. Andere Versicherer wollen nachziehen.

Urteilte ein Londoner Makler: „Solche Prämienaufschläge hätten V&G wahrscheinlich gerettet — das ist wirklich Ironie des Schicksals."

SÜDAFRIKA

KIRCHEN

Zu viel Respekt

Der Superintendent Gonville ffrench-Beytagh hatte gerade seine Morgenmesse beendet und verließ, kurz vor sieben Uhr, durch ein Seitenportal die Kathedrale der Heiligen Jungfrau Maria in Johannesburg.

Da traten zwei Herren auf ihn zu und zückten ihre Erkennungsmarken: Sicherheitspolizei. Die beiden begleiteten den Geistlichen in seine Büroräume und durchwühlten seine Akten. Nach zwei Stunden zogen sie wieder ab — offenbar hatten sie das Gesuchte nicht gefunden.



Gottesdienst in Kapstadt
Besuch von der Geheimpolizei

ffrench-Beytagh war an diesem Morgen, dem Donnerstag vorletzter Woche, nicht der einzige, der in Südafrika frühen Besuch von der Geheimpolizei erhielt. Nach einem minuziösen Plan waren Sicherheitsbeamte in allen Teilen Südafrikas zu 25 Sondereinsätzen ausgeströmt.

Ihr Ziel waren — neben Journalisten und Studentenführern — vor allem Kirchenmänner und kirchliche Organisationen. So durchsuchten die Polizisten die Büroräume des Südafrikanischen Kirchenrates in Johannesburg, Port Elizabeth und Kapstadt. Sie wühlten in den Aktenschränken des gemischtrassischen „University Christian Movement" wie des interkonfessionellen „Christian Institute".

Südafrikas Premier Balthazar Johannes Vorster hat offenkundig zum Großangriff auf jene Geistlichen geblasen, die seine Apartheid-Politik bekämpfen. Für den Direktor des „Christlichen Instituts" in Johannesburg, Beyers Naude, steht bereits fest, daß in Südafrika eine „religiöse Verfolgung" stattfindet.

Schon seit Jahren agitieren die englischsprachigen Kirchen Südafrikas gegen den Rassenwahn des Vorster-Regimes. Allein in den letzten fünf Jahren wurden 40 Geistliche für ihre Opposition gegen die Apartheid-Politik bestraft — mit Paßentzug, mit der Verweigerung von Aufenthaltsgenehmigungen oder mit Landesverweis.

Der Kleinkrieg zwischen Kirchen und Staat spitzte sich voriges Jahr zu, nachdem der Weltkirchenrat seinen Mitgliedern empfohlen hatte, den Widerstand gegen rassische Unterdrückung mit Geld zu unterstützen. Aufgebracht über diesen Beschluß, forderte Vorster die südafrikanischen Mitglieds-Kirchen des Weltkirchenrats auf, aus der Weltorganisation auszuscheiden — sonst werde er gegen sie vorgehen. Doch die Kirchen kuschten nicht, sie blieben im Weltkirchenrat.

Vorster steckte daraufhin scheinbar zurück. Öffentlich erklärte der Bure, der selbst Mitglied der weitgehend regierungsfrommen „Nederduitse Gereformeerde Kerk" ist: „Ich habe zu viel Respekt vor meiner eigenen Kirche, als daß ich gegen andere Kirchen kämpfen würde."

Doch tatsächlich hatte der Regierungschef nur die Taktik geändert. Im Kabinett gab er die Parole aus, jetzt nicht mehr gegen die Kirchen, sondern gegen einzelne Geistliche vorzugehen. Folge: Allein in den ersten zwei Monaten dieses Jahres straften die Kap-Rassisten 14 Kirchenmänner mit Paßentzug oder Landesverweis.

Prominentestes Opfer der neuen Vorster-Taktik wurde Superintendent ffrench-Beytagh aus Johannesburg, der am 20. Januar schon einmal von der Sicherheitspolizei aufgesucht worden war. Damals hatten die Polizisten den 59jährigen mitgenommen und eine Woche lang in Einzelhaft gesperrt. Er kam zwar gegen eine Kaution wieder frei, doch in drei Monaten soll ihm der Prozeß gemacht werden.

Angeblich hatte der Geistliche Kontakt mit kommunistischen Organisationen. Doch dafür mangelt es offenbar noch an Beweisen. Denn die Aktionen vom vorletzten Donnerstag waren, wie der Chef der Sicherheitspolizei, A. J. Venter, verriet, „im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen den Superintendenten erfolgt".

Ein weiteres Razzien-Ziel waren Geistliche, die mit der „Dependence Conference" in Verbindung stehen, einer Organisation, die zur Unterstützung der über 800 politischen Häftlinge in Südafrika und ihrer Familien gegründet wurde.

Allein in Kapstadt beschlagnahmten die Vorster-Gehilfen 300 Mappen und einen vollen Archivkasten. Die Beute, so hoffen die Polizisten, soll Auskünfte über Spenden und Spender der „Dependence Conference" geben — Adressen für neue Razzien.